

KURZ UND PRÄGNANT

20 Jahre Linksfraktion

Mit einer Festveranstaltung im Erfurter DASDIEBRETTL begeht die Landtagsfraktion DIE LINKE am 26. Oktober ihr 20jähriges Bestehen. 1990 mit 9,7 Prozent und neun Sitzen als Linke Liste/PDS-Fraktion begonnen, hatte DIE LINKE zuletzt bei den Landtagswahlen im vergangenen Jahr mit 27,4 Prozent sowie allein 14 Direktmandaten ihr bisher bestes Ergebnis erreichen können. Zum Jubiläum sprechen werden u.a. der erste Fraktionsvorsitzende Klaus Höpcke sowie Prof. Dr. Joachim Linck, ehemaliger Direktor des Thüringer Landtags, und Dr. Gesine Löttsch, Parteivorsitzende DIE LINKE. ■

Zivilgesellschaft stärken!

Die Linksfraktion teilt die Kritik mehrerer „Bündnisse gegen Rechtsextremismus“ am Entwurf für ein „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus“ und unterstützt die Bürgerbündnisse in ihrer Forderung nach stärkerer Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure. Martina Renner sagte: „Die gemeinsame Erklärung aller Landtagsfraktionen vor einem Jahr für ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus war ein guter Auftakt. Doch die Landesregierung hat es geschafft, daraus ein undemokratisches und undurchsichtiges Verfahren mit fragwürdiger Zielsetzung zu machen.“ Ursprünglich hatte sie zugesichert, einen breiten gesellschaftlichen Kreis aus Vereinen, Gewerkschaften, Bürgerbündnissen gegen Rechts, Kirchen, Bildungsträgern und den im Landtag vertretenen Parteien an der Erarbeitung zu beteiligen. Aber seit dem Frühsommer hat es keine weitere Sitzung der so genannten großen Runde gegeben. „Statt Erfahrungen der Bürgerbündnisse gegen Rechts und der Zivilgesellschaft zu nutzen, kungelt die Koalition hinter verschlossenen Türen. Ein undemokratisches Verfahren zur angeblichen Stärkung der Demokratie unterstützen wir nicht“, betont die Innenexpertin der LINKEN und verweist auf die immer dringlicher werdende Notwendigkeit eines effektiven Landesprogramms gegen Rechts.

Knut Korschewsky, Landtagsabgeordneter und Landesvorsitzender der Thüringer LINKEN, kritisierte die Landesregierung: „Dieser Entwurf schwächt die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure im Kampf gegen Rechts und stärkt die Rolle des Geheimdienstes. Dem werden wir nicht zustimmen. Mehr Demokratie kann man nicht mit einem parlamentarisch kaum zu kontrollierenden Geheimdienst erreichen. Mehr Demokratie und effektive Arbeit gegen Rechts bedarf des Engagements der Bürgerinnen und Bürger.“ ■

Und es stellt sich die Frage, wovor die CDU eigentlich Angst hat

Aus der Landtagsdebatte zum GRÜNEN-Antrag zur Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre

Obwohl nicht zuletzt die LINKE bzw. OPDS von Anfang an vehement für eine Herabsetzung des Kommunalwahlalters für Jugendliche gekämpft hatte und jetzt die GRÜNEN im Landtag einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt hatten, scheiterten alle Bemühungen insbesondere an der ablehnenden CDU-Haltung und dem Einknicken der SPD vor dem Koalitionspartner. Noch am 6. Oktober hatten die GRÜNEN vor dem Landtag zu einer symbolischen

Antrag zur Aktuellen Stunde so ernst nimmt, dass sie heute auch ein entsprechendes Stimmverhalten an den Tag legt, denn eine allgemeine Absenkung des Mindestwahlalters wäre ein gesellschaftliches Signal, dass junge Menschen zur Wählerschaft und damit zu der mitbestimmenden aktiven Population einer demokratischen Gesellschaft gezählt werden. Sie lehnen dies ab und die SPD windet sich. Eines Ihrer eigenen Wahlthemen, eine Ihrer eigenen Forderungen,

Am Anfang steht immer die Wahl. Sie haben sich entschieden für eine Koalition, in der Partizipation von Jugendlichen und eine wahre Politik für Jugendliche eine untergeordnete Rolle spielen. So ist es jedenfalls, wenn Sie die Wahlalterherabsenkung auf 16 ablehnen, welches Sie heute aller Wahrscheinlichkeit nach machen. Nichts desto trotz gebe ich die Hoffnung nicht auf, dass die CDU-Fraktion von gestern auf heute möglicherweise die Shell-Studie nochmals in die Hand genommen hat, möglicherweise sich nochmals wissenschaftliche Erkenntnisse zu Rate gezogen hat und vielleicht dann doch ihr Abstimmungsverhalten ändert. Ich habe im Innenausschuss die CDU-Fraktion gefragt: Wovor haben Sie eigentlich Angst?

(Zwischenruf Volker Emde, CDU: Wir haben vor gar nichts Angst.)

Diese Frage haben Sie bis heute nicht beantwortet. Die Frage stelle ich Ihnen wieder. Wovor haben Sie eigentlich Angst? Was macht Ihnen Angst, wenn 16-jährige oder auch 17-jährige auf kommunaler Ebene wählen können? Macht Ihnen Angst, dass Jugendliche sich Links der Mitte positionieren, zumindest die Mehrheit? Macht Ihnen Angst, dass Sie Ihre Politik unter kritischen Augen von Jugendlichen beäugen lassen müssten? Wenn Sie ein demokratisches Verständnis hätten, so wie es die Shell-Studie beispielsweise explizit argumentiert, dann würden Sie heute hier zustimmen und es wäre eine Bereicherung für uns alle. Es wäre eine Bereicherung, wenn wir Jugendlichen in Thüringen mitteilen könnten, dass wir ihre Ideen, ihre politischen Vorstellungen, ihre Wünsche nicht nur hören wollen, sondern auch zumindest zum Teil so wahrnehmen wollen, dass wir sie umsetzen. ■



Probewahl für Jugendliche – s. Foto, dabei auch VertreterInnen der Linksfraktion – eingeladen.

Katharina König, Sprecherin für Jugendpolitik der Linksfraktion, kritisierte nach der Debatte am 7. Oktober im Landtag: „Eine Chance zur Bereicherung der politischen Kultur in Thüringen wurde heute vertan.“

Aus dem Plenarprotokoll der Debatte am 7. Oktober:

Katharina König, DIE LINKE:

(...) Die Shell-Studie hatten wir gestern. Ich muss ehrlich sagen, ich hatte gehofft, dass die CDU-Fraktion diesen

denn auch Sie wollen - früher jedenfalls einmal - die Absenkung des Wahlalters auf 16. Sie haben schlicht und einfach vergessen, es mit in die Koalitionsverhandlungen aufzunehmen oder, sie haben es geopfert. Gut ist keiner der beiden Gründe.

Jetzt stecken Sie in der Zwickmühle, jetzt erklären Sie Ihr Abstimmungsverhalten und eigentlich stehen Sie ja dem Antrag positiv gegenüber. Wenn dem so wäre, dann würde ich zumindest Applaus erwarten. Das war bisher in Ihren Reihen nicht möglich.

(Zwischenruf Uwe Höhn, SPD: Da müssen Sie aber auch anders reden.)

Zuverdienst-Pläne zementieren Niedriglohn-Sektor

„Die Pläne der Bundesregierung zu verbesserten Zuverdienst-Möglichkeiten für Hartz-IV-Empfänger sind ein weiterer Schritt zur Zementierung des Niedriglohnssektors und leisten dem Lohndumping zusätzlich Vorschub. Deshalb können diese menschenverachtenden skandalösen Pläne nur abgelehnt werden“, kommentierte die Arbeitsmarktpolitikerin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Ina Leukefeld, - hier im Foto bei der Aktion am 7. Oktober am Landtag anlässlich des Tages der menschenwürdigen Arbeit – den Vorschlag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Eine Minderheit von Hartz-IV-Empfängern soll künftig etwas mehr als bisher in der Tasche behalten dürfen. Wer neben der staatlichen Unterstützung noch arbeitet, darf nach dem Willen der Koalition maximal 20 Euro im Monat mehr behalten dürfen - zumindest bei einem Ar-

beitseinkommen von mehr als 800 Euro. Jetzt befasst sich das Regierungskabinett mit der Neuregelung, die ab 1. Juli 2011 gelten soll.

„Die Ausweitung der Hinzuverdienstmöglichkeiten wird zu weiterem Lohndumping führen. Noch mehr Menschen als bisher müssten damit ihre Löhne mit Steuergeldern aufstocken. Das bedeutet Subventionierung des Niedriglohnssektors“, warnte die Arbeitsmarktpolitikerin der Linksfraktion und forderte erneut einen gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn. „Von Arbeit muss man leben

können! Mit 20 Euro mehr in der Tasche kann sich die Lebensqualität für die Betroffenen wohl kaum erhöhen. Solange es keinen ordentlichen Mindestlohn gibt, bezahlt der Steuerzahler Milliarden Euro, um Hungerlöhne aufzustocken. Nur ein gesetzlicher Mindestlohn kann dem entgegenwirken.“ ■

